

Holzarbeiter-Zeitung

Organ des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes.

Erscheint wöchentlich am Sonnabend.
Abonnementspreis 5 Mk. pro Vierteljahr. Zu beziehen durch
alle Postanstalten. Für Verbandsmitglieder unentgeltlich.

Verantwortlich für die Redaktion: M. Rasner, Berlin.
Für die Expedition und den Anzeigenteil: Eouard Steinbecker, Berlin.
Redaktion und Expedition: Berlin SO. 16, Am Rönigischen Park 2.

Inserate: Die sechsgespaltene Nonpareilzeile oder deren Raum 16 Pf.
Arbeiterermittlungen 6 Mk. pro Zeile.
Verbandsanzeigen 2 Mk. pro Zeile.

Kraftproben.

Unser Verband ist bemüht, die Lohn- und Arbeitsbedingungen förmlich zu regeln und austauchende Meinungsverschiedenheiten durch Verhandlungen zu schlichten. Trotz des guten Willens, auf friedlichem Weg zu einer Verständigung zu kommen, lassen sich aber mitunter Kämpfe nicht vermeiden. Das Verständnis dafür, daß die Arbeiter ein wohl begründetes Recht haben, bei der Regelung der Arbeitsbedingungen als gleichberechtigter Faktor mitzuwirken, geht den Unternehmern nur langsam auf. Immer wieder bricht, auch bei solchen Unternehmern, die mit uns bereits im Vertragsverhältnis stehen, die Auffassung durch, daß das Unternehmensinteresse vereinten Kräften imstande sei, der Arbeiterschaft den Willen zu bittieren. Das führt dann zu Kraftproben, die wir nicht suchen, denen wir uns aber nicht entziehen können, wenn sie uns aufgezungen werden.

Zur Regelung der allgemeinen Arbeitsbedingungen haben wir mit dem Gros der Unternehmer des deutschen Holzgewerbes den Reichsmantelvertrag abgeschlossen. Daraus erwächst uns die Verpflichtung, diesen Vertrag im ganzen Reich zur Durchführung zu bringen. In einzelnen Bezirken hatten die Unternehmer das Bedürfnis, zu zeigen, daß sie sich stark genug fühlen, dem übereinstimmenden Willen der Unternehmer und der Arbeiter im übrigen Reich zu trotzen. Sie haben Machtproben heraufbeschworen, und wir waren gezwungen, den Beweis zu führen, daß sie ihre Macht überfordert hatten. Dieser Nachweis ist uns in allen Fällen gelungen.

Daß die Verhandlungen über die Bemessung der Vertragslöhne seit Monaten nicht abreißen, liegt nicht an der Arbeiterschaft. Die mit unheimlicher Schnelligkeit steigenden Lebenshaltungskosten zwingen uns, mit den Löhnen zu folgen. In den meisten Fällen ist es bisher gelungen, sich friedlich zu verständigen. Aber nun beginnt sich der Widerstand der Unternehmer in einigen Landesbezirken bemerklich zu machen. Man will dem Deutschen Holzarbeiter-Verband die Zähne zeigen und beweisen, daß es die Unternehmer nicht nötig haben, die Löhne in dem Maße zu erhöhen, wie es die gestiegenen Lebenshaltungskosten erforderlich machen. Die Unternehmerorganisation fühlt sich stark genug, ihren Willen den Arbeitern aufzuzwingen. Eine Auffassung, die von geschäftlichen Synzidi genährt wird und auf gern angenommene Anregungen von Schwarzmachern in der Zentrale der Arbeitgeberverbände zurückzuführen ist.

Die Mittel, mit denen die Machtprobe in die Wege geleitet wird, sind nicht neu. Wenn alle Vorbereitungen getroffen, die einzelnen Unternehmer entsprechend instruiert sind, dann läßt man die hingezögerten Verhandlungen schließlich scheitern. Es kommt, wie voranzusehen war, zu Streiks, und nun kann die Kraftprobe beginnen, die seit langem vorbereitete Aussperrung durchgeführt werden. Selbstverständlich nehmen wir den Kampf auf, obwohl wir wissen, daß die Gegenparte auf die Gelegenheit brennt, das Kampffeld zu vergrößern und weitere Bezirke in die Aussperrung einzubeziehen. Wir wagen die Kraftprobe im Vertrauen auf den oft erprobten Kampfmut und den Opfersinn unserer Kollegen. Darum schöpfen wir die Zuversicht, daß auch diese Kraftprobe zu Gunsten der Arbeiterschaft entschieden wird.

Der Zufall hat es gewollt, daß zur gleichen Zeit, als der Kampf um die Durchführung des Reichsmantelvertrages in Ostpreußen erfolgreich beendet werden konnte, die Unternehmer im entgegengesetzten Zipfel des Reiches, in Württemberg und Baden, mit der Aussperrung begannen, um unsere Kollegen zu zwingen, sich mit unzureichenden Löhnen zu bescheiden. Wir zweifeln keinen Augenblick, daß unsere Kollegen in Süddeutschland in gleicher Weise ihren Mann stehen werden, wie es die Kollegen im Nordosten des Reiches getan haben. Wie die eben beendete Machtprobe muß auch die neue zu einem Siege der Arbeiterschaft führen.

Aber die beiden bedeutungsvollen Kämpfe gehen uns die nachfolgenden Berichte zu.

Erfolgreicher Abschluß in Ostpreußen.

Nach wiederholten mißglückten Verhandlungen ist der Streit im ostpreussischen Tischlergewerbe am 21. Januar beendet worden. Der Kampf drehte sich bekanntlich um die Anerkennung des Reichsmantelvertrages für das deutsche Holzgewerbe. Unsere streikenden Kollegen haben dank ihrer Geduld und Ausdauer einen vollen Erfolg erzielt. Der Ostpreussische Arbeitgeberverband hat jetzt den Reichsmantelvertrag grundsätzlich anerkannt. Ähnlich wie in allen übrigen Landesstellen ist zur Ergänzung des Mantelvertrages ein Bezirksvertrag geschlossen worden, der unter Berücksichtigung der Organisationsverhältnisse Arbeitgeberlager geringfügige Veränderungen und Befreiungen enthält. Der Abschluß des Streits bringt unseren ostpreussischen Kollegen endlich die gleichen Vertragsrechte, wie sie im ganzen übrigen Reich gelten. Das verarbeitete Lohnabkommen ist auf die bei Ausbruch des Streiks bestandenen Stundenlöhne folgende Zulagen vor:

Ortsklasse II	III	IV	V	VI
4,45	4,20	4,20	4,15	4,10 Mk.

Die vertraglichen Durchschnittslöhne betragen für Facharbeiter über 22 Jahre:

Ortsklasse II	III	IV	V	VI
10,25	9,—	8,75	8,50	8,25 Mk.

Ab 15. Februar 1922 erfolgt für alle Arbeiter und Arbeiterinnen eine weitere Zulage für die Ortsklasse II von 30 Pf., für die übrigen Ortsklassen von 25 Pf. pro Stunde. Um den gleichen Betrag erhöhen sich auch die vertraglichen Durchschnittslöhne.

Die vertraglichen Mindestlöhne sind in allen Klassen um 5 Prozent niedriger als die Durchschnittslöhne.

Zur Erringung der Rechte, die der Reichsmantelvertrag enthält, haben die Kollegen annähernd sechs Monate mit aller Zähigkeit gegen eine straffe Arbeitgeberorganisation gekämpft. Der Ostpreussische Arbeitgeberverband zählt sicher nicht zu jenen Arbeitgeberverbänden, die der Arbeiterschaft freiwillig tarifvertragliche Rechte einräumen. Hier muß erst jeder Fußbreit Boden in hartem Streit erobert werden. Auf eine Kraftprobe mehr oder weniger kommt es der Leitung dieses Arbeitgeberverbandes sicherlich nicht an. Wehe dem Arbeitnehmerverband, der nicht ständig gerüstet und bereit ist, sich mit allen gemeinschaftlichen Mitteln die nötige Achtung zu verschaffen. Die ostpreussischen Industriellen sind aus dem gleichen Holz geschnitten wie ihre Kollegen aus der Landwirtschaft, die unter dem Namen „Ostelbische Landjunker“ berüchtigt sind. Selbst aus der wirtschaftlichen Notlage, in welcher sich die Provinz Ostpreußen infolge der Abtrennung durch den Polnischen Korridor befindet, glauben die Arbeitgeber Vorteile ziehen zu dürfen. Sie leiten von der Abtrennung der Provinz Ostpreußen für sich das Recht ab, der Arbeiterschaft die im übrigen Reich geltenden Vertragsbedingungen vorenthalten zu können. Die Führung des Arbeitgeberverbandes gibt ganz offen zu, daß sie sich zum Ziel gesetzt habe, die bestehenden Reichstaxen in allen Berufen und Industriezweigen für Ostpreußen zu zerschlagen. Auf diese Weise soll aus dem Industriearbeiter ein gezügelter Kuli gemacht werden.

Für diesmal sind die Absichten der Arbeitgeber durchkreuzt worden. Als im Juni des vorigen Jahres dem Ostpreussischen Arbeitgeberverband durch unsere Organisation Verhandlungen zwecks Abschlusses eines Tarifvertrages angeboten wurden, haben die Arbeitgeber auf dieses Angebot wochenlang nicht geantwortet. Darauf setzte anfangs August in Tilsit der Streit ein. Anstatt auf der Grundlage unserer Forderungen eine Verständigung zu suchen, gingen die Arbeitgeber zur Aussperrung über. Die ersten Verhandlungen während des Kampfes sind am 19. und 20. Oktober vor einem Sonderlichungsausschuß in Königsberg geführt worden. Hierbei erklärte der Syndikus der Arbeitgeber: Nach der Begründung der Arbeitnehmeranträge müsse man zu der Überzeugung gelangen, daß der bisherige Widerstand der Arbeitgeber gegen den Inhalt des Reichsmantelvertrages unbegründet erweise. Trotzdem verweigerte der Arbeitgeberverband den Arbeitern die Erfüllung ihrer Forderungen, von deren Durchführbarkeit man selbst in der Leitung des Arbeitgeberverbandes überzeugt war. Noch am 9. Dezember lehnten die Arbeitgebervertreter vor dem Oberpräsidium in Königsberg jede Distinztion über die grundsätzliche Anerkennung des Reichsmantelvertrages ab. Sie wollten ganz einfach durch eine Kraftprobe den Deutschen Holzarbeiter-Verband bei der Regelung der Arbeitsverhältnisse ausschalten. Inzwischen ist es anders gekommen. Auch die ostpreussischen Arbeitgeber mußten anerkennen, daß der Deutsche Holzarbeiter-Verband ein Faktor ist, den man nicht willkürlich beiseiteschieben darf. Wäre diese Einsicht früher gekommen, dann hätten all die Wunden, die dem Wirtschaftsleben geschlagen worden sind, vermieden werden können.

Bei dieser Gelegenheit möchten wir nicht unerwähnt lassen, daß die ostpreussische Regierung und auch das Reichsarbeitsministerium in dankenswerter Weise ständig bemüht waren, die streitenden Parteien einander näherzubringen. Wir hätten gerne gewünscht, daß diesen Bemühungen schon viel früher ein Erfolg beschieden worden wäre. Leider hat der bekante, in jeder Beziehung verfehlte Schiedsspruch des Königsberger Sonderlichungsausschusses vom 19. November den Streit mehr verschärft als gelichtet. Auch bei den letzten Verhandlungen in Insterburg haben sich die mitwirkenden Regierungsvertreter durch die forschen Verhandlungsmethoden des Arbeitgeberführers viel zu sehr verblüffen lassen. Sie hatten die Hoffnung auf eine Verständigung aufgegeben und waren bereits abgereist, als es der Verhandlungskommission in später Abendstunde gelang, eine Lösung des Streites zu finden.

Bei der grundsätzlichen Bedeutung des Streitobjektes ist es begreiflich, daß der eben abgeschlossene Kampf weit über die Kreise der Holzarbeiter hinaus Beachtung fand. Auf der einen Seite stand das gesamte ostpreussische Unternehmertum mit seinen reichlichen Geldmitteln geschlossen hinter den bestreikten Tischlermeistern. Aber auch die Arbeiterschaft hat es an Solidaritätsbezeugungen nicht fehlen lassen. Besondere Beachtung verdient die von den Landarbeitern veranlaßte Unterstützung. Die Mitglieder des Landarbeiter-Verbandes haben insgesamt über 120 Zentner Nahrungsmittel, wie Mehl, Erbsen usw., gesammelt, um den streikenden Kollegen in Königsberg eine Weihnachtsfreude zu machen. Neue Landarbeiterfrauen haben oft stundenweite Wege zurückgelegt, um der Königsberger Streikleitung ihre Liebesgaben persönlich abzugeben und die Streikenden zum Ausharren im Kampf aufzufordern. Sicherlich hat diese Solidarität viel dazu beigetragen, den Mut der Streikenden zu stärken.

Für unsere Kollegen gilt es jetzt, die neuen Vertragsrechte überall in die Tat umzusetzen. Es wäre falsch, all den Groll, der sich während des Streiks naturgemäß auf beiden Seiten angesammelt hat, in der Werkstätte gegenseitig zur Entladung zu bringen. Nachdem der Kampf beendet ist, haben beide Parteien die Pflicht, einander die vertragliche Treue zu halten.

Aussperrung in Württemberg und Baden.

In Württemberg und Baden hat die Arbeiterschaft in den letzten Tagen ihre Aussperrung fertiggestellt. Soweit sich die Dinge bis jetzt überblicken lassen, haben von rund 200 Vertragstypen die Arbeitgeber in 46 Orten annähernd 11.000 Arbeiter ausgesperrt. Wer Gelegenheit hatte, die Entwicklung der Arbeitgeberverbände in Württemberg und Baden zu verfolgen, wird von dieser Kraftprobe nicht überrascht sein.

Bis vor kurzem lag die eigentliche Führung der süddeutschen Arbeiterschaft in der Hand des Stuttgarter Möbelindustriellen Herrn Wilhelm Schildknecht. Dieser bewährten Führung ist es hauptsächlich mit zu verdanken, daß in Württemberg und Baden Lohnkämpfe in der Holzindustrie zum Wohle des gesamten Berufsstandes recht selten waren. Mit dem Tode des Herrn Schildknecht scheint im Süden leider auch der Geist der Verständigung ausgestorben zu sein. An die Spitze der Arbeitgeberverbände sind neue Männer getreten, die planmäßig auf die Aussperrung hingearbeitet haben. Dabei waren sie in der Auswahl der Mittel nicht einmal wählerisch.

Das letzte Lohnabkommen für Württemberg und Baden hatte Gültigkeit vom 3. November bis zum 15. Januar. Während dieser Zeit hat bekanntlich die Entwicklung der Preisverhältnisse Formen angenommen, die es der Arbeiterschaft ungeheuer schwer machten, sich an die vereinbarten Löhne zu halten. Fast in allen Bezirken des Reiches haben die Arbeitgeber den veränderten Verhältnissen Rechnung getragen. Überall sind zwischen den Vertragsparteien außerordentliche Zulagen vereinbart worden. Anders in Württemberg und Baden. Hier bestanden die Arbeitgeber auf ihren Schein. Sie erklärten die Forderungen unseres Verbandes für unberechtigt und boten so lächerlich geringe Zulagen, daß die Verhandlungen am 15. Dezember resultatlos abgebrochen werden mußten. Kurz darauf war in den Betrieben ein Anschlag des Württembergischen Holzindustriellenverbandes zu lesen, daß ohne Mitwirkung des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes lediglich auf Beschluß der Arbeitgeber eine Teuerungszulage von 30 bis 70 Pf. zur Auszahlung gelang. Gleichzeitig hielten es die Taktiker des Holzindustriellen-Verbandes für richtig, ihre Mitglieder durch Flugblätter gegen die bösen Gewerkschaftsführer mobil zu machen. Souderbate Vertragspartner, diese Arbeitgeberhuzbi!

In einem Rundschreiben vom 20. Dezember, also zu einer Zeit, als niemand von den Holzarbeitern an einen Lohnkampf dachte, legte der Holzindustriellen-Verband seinen Mitgliedern bereits einen fertigen Aussperrungsplan vor. Bis zur Verwirklichung dieses Planes jagte dann eine Provokation die andere. Am 4. Januar hat man unsere Kommission zu Verhandlungen geladen, um ihr schließlich zu erklären, daß die anwesenden Arbeitgebervertreter keinerlei Vollmacht haben. Das gleiche Spiel wiederholte sich bei den Verhandlungen am 11. Januar. Allen Ernstes wurde von unserer Kommission die Zurücknahme ihrer Forderungen verlangt. Erst dann wollten sich die Arbeitgeber herbeilassen, das bestehende Lohnabkommen zu verlängern und ihren Arbeitern freiwillig eine mäßige Teuerungszulage zu gewähren, die aber nicht auf die Nordreise geschlagen werden dürfe. Stundenlang haben unsere Kollegen versucht, die Arbeitgeber von dem Ernst der Lage zu überzeugen. Man hat sie einfach reden lassen. Daneben amüsierten sich die Arbeitgeberführer durch angenehme Privatunterhaltungen. Als schließlich der Vertreter unseres Verbandes vorstandes eine Vermittlung versuchte, schloßen die schwäbischen Schreinermeister, weil ein Berliner bei ihnen schon gar nichts zu suchen habe. So etwas nennen die Herrschaften dann noch Vertragsstreue.

Um kein Mittel unversucht zu lassen, den Wirtschaftsfrieden zu erhalten, ist am 14. Januar unter dem Vorsitz eines württembergischen Regierungsvertreters erneut verhandelt worden. Im Interesse des Friedens war unsere Kommission bereit, auf den mageren Vergleichsvorschlag des Unparteiischen einzugehen, der in Klasse II für Stuttgart einen Durchschnittslohn von 12,15 Mk. vorsah. Die Arbeitgeber dagegen hatten sich wieder einmal keine Vollmacht besorgt, obwohl sie genau wußten, daß der Abbruch der Verhandlungen den Kampf bedeutete.

Die württembergischen und badischen Arbeitgeberverbände haben jetzt ihre Aussperrung, die sie mit aller tatsächlichen Geschäftlichkeit herbeigeführt haben. Die Leitung der Arbeitgeber glaubte wohl auf diese Kraftprobe als organisatorischen Grund nicht verzichten zu können. Sie allein trifft deshalb die Verantwortung. Auch jetzt noch können die Unternehmer auf der Grundlage der unparteiischen Vermittlungsvorschläge den Frieden haben. Wollen sie nicht, dann sind unsere Mitglieder sicher bereit, in jähem Kampf die Kräfte zu messen.

Bei Redaktionsschluß meldet uns ein Telegramm, daß für Württemberg und Baden eine Einigung erzielt wurde. Der Durchschnittslohn ist für die II. Ortsklasse (Stuttgart) festgesetzt auf 11,80 Mk. ab 16. Januar; er steigt am 2. Februar auf 12,20 Mk., am 16. Februar auf 12,90 Mk. und am 2. März auf 13,50 Mk.

Verbandsnachrichten.

Bekanntmachungen des Vorstandes.

Mit dem Erscheinen dieser Zeitungsn... der 6. Wochenbeitrag für die Woche vom 29. Januar bis 4. Februar 1922 fällig geworden.

Berlin SO. 16, Am Kölnischen Tor 2.

Der Vorstandsvorsitz.

Zentralkommission der Bildhauer.

Wir erlauben die Sektionsleiter dringend, uns einen Bericht einzuliefern. Erwünscht ist uns eine zusammenfassende Darstellung über die Höhe der Löhne...

Wir bitten die Ortsverwaltungen, die Sektionsleiter der Bildhauer auf diese Notiz aufmerksam zu machen.

J. A. F. Winter, Neutöln, Siegfriedstraße 45, III.

Korrespondenzen.

Bildhauer. In unserer Generalversammlung am 2. Januar hielt Kollege Winkler (Schmalldaden) einen Vortrag über die wirtschaftliche und organisatorische Struktur der Holzindustrie.

Mensfeldbach (Schüringen). Herr U. H. Pentel, Inhaber einer Fabrik seiner Holzschneidereien, sendet uns als Erinnerung auf die in Nummer 3 abgedruckte Korrespondenz eine Zuschrift...

München. (Maschinenarbeiter.) Die im Januar stattgefundenen Generalversammlungen beschäftigten sich u. a. mit Unfallversicherung, Unfallgefahren, Lohnforderungen und dergleichen mehr.

Pöhlitz. In der am 16. Januar abgehaltenen Generalversammlung gab der Bevollmächtigte den Jahresbericht über die Tätigkeit der Verwaltung. Ein gut Teil der Verbearbeitung...

Schmalldaden. In der am 20. Januar stattgefundenen sehr gut besuchten Generalversammlung referierte der Bezirksleiter Kollege Winkler über wirtschaftliche und organisatorische Rück- und Ausblicke in der Holzindustrie.

Schweina. In der Generalversammlung am 6. Januar konnte die Verwaltung über gute Fortschritte berichten. Es ist gelungen, auch die Eisenarbeiter unter den Reichstaxi-vertrag zu bringen.

Senftenberg. Die letzten Versammlungen waren von den Mitgliedern recht schwach besucht. Es mag dieses zum Teil auf den Umstand zurückzuführen sein, daß die Kollegen so zerstreut in der Umgebung Senftenbergs wohnen.

Suhl. Am 14. Januar fand die Generalversammlung unserer Verwaltungsstelle statt. Die Mitgliederzahl ist auf 96 gestiegen. In den Tischlereien ist der Reichsmanteltarif und die III. Lohnklasse durchgeführt.

Unsere Lohnbewegung.

Lohnvereinbarung für Schlesia.

Im Landesbezirk Schlesia schien die Lage eine Zeitlang recht kritisch. Dort war am 16. Dezember vereinbart worden, daß vom 1. bis 15. Januar eine Zulage von 70 Pf. gewährt wird, und daß um Mitte Januar weiterverhandelt werden soll.

Ein neues Lohnabkommen für die Provinz Sachsen-Anhalt.

Bei den für den Landestarifbezirk Provinz Sachsen-Anhalt stattgefundenen Lohnverhandlungen haben sich die Parteien auf folgende Zulagen geeinigt. Für die Zeit vom 25. Januar bis 14. Februar erhalten die über 22 Jahre alten Facharbeiter auf die bestehenden Löhne pro Stunde eine Zulage von 1,25 Mk. in Ortsklasse II (dies ist die erste Klasse im Bezirk).

Das Ergebnis des Uhrmacherstreiks.

Nach einwöchiger Dauer hat der Streik der Uhrmacher sein Ende erreicht. In der Schwarzwälder Uhrindustrie sind vorwiegend Metallarbeiter beschäftigt, demzufolge lag auch die Führung des Streiks in den Händen der Metallarbeiter.

Arbeiter schwankt die Zulage zwischen 1,40 Mk. bis 40 Pf. für 15jährige Hilfsarbeiter. Für die Arbeiterinnen beträgt die Zulage je nach dem Alter 1 Mk. bis 40 Pf. Über eine weitere Lohnhöhung ab 15. Februar sollen rechtzeitig neue Lohnverhandlungen stattfinden.

Lohnvereinbarung für die Säger in Thüringen.

Nachdem das bis zum 31. Dezember geltende Lohnabkommen abgelaufen war, fanden am 6. Januar neue Verhandlungen statt, die jedoch zu keinem Ergebnis führten. Infolgedessen stellten die Kollegen in einer Reihe von Orten die Arbeit ein.

Neue Lohnvereinbarungen für die Sägewerke in Württemberg und Baden.

Nachdem wiederholte Verhandlungen zwischen den Parteien zu keinem Ergebnis geführt hatten, trat am 19. Januar das Tarifamt in Stuttgart zusammen. Nach längeren schwierigen Auseinandersetzungen wurde eine Entscheidung gefällt, nach welcher unter Anrechnung der bereits am 4. Januar vereinbarten Zwischenzulagen eine Lohnhöhung bewilligt wird.

Lohnabkommen für die Sägewerkindustrie in Niederschlesien.

In Verhandlungen, die am 18. Januar in Görlitz geführt wurden, wurde vereinbart, daß eine Zulage von 30 Pf. rückwirkend vom 1. Januar, gezahlt wird. Dazu kommen am 15. Januar weitere 20 Pf. und am 15. Februar noch 50 Pf. Damit steigen die Spitzlöhne in den vier Ortsklassen auf 7,90 Mk., 7,70 Mk., 7,50 Mk. und 7,25 Mk.

In Alsfeld ist es in der Bleisfabrik von A. C. Walzel zum Streit gekommen. Es handelt sich um Lohn- und Differenzen. Die Firma lehnt die Zahlung der letzten vereinbarten Zulagen ab.

In Gießhübel (Schüringen) befinden sich die Sägereiarbeiter der Firma Scheller im Streit. Der Unternehmer weigert sich, den Lohn nach der 3. Ortsklasse des Thüringer Sägetarifs zu zahlen.

In München-Freimann streiten die Holzarbeiter der Maschinenfabrik von Friz Neumeier vormals Krupp. Die Firma will bei den Holzarbeitern Lohnabzüge von 1,60 bis 2,50 Mk. pro Stunde vornehmen.

In Oberpöhlitz wird in der Harmonikafabrik von Töpel gestreikt. Der Unternehmer hat den Akkordarbeitern den Lohn ohne weiteres um 7 Prozent gekürzt.

In Oldenburg ist für die Säger eine Lohnbewegung durchgeführt worden. Die Unternehmer boten eine 30prozentige Lohnzulage, knüpften daran aber die Bedingung, daß eine gleitende Lohnskala eingeführt wird.

In Striegau stehen seit dem 17. Januar etwa 500 Kollegen der Striegauer Württembergfabrik A.G. im Streit. Die Firma gehörte bis zum 31. Dezember dem Arbeitgeberverband für die Württemberg-, Finsel- und Bleistiftindustrie.

